

Badi-Verbote: «Diese Debatte ist höchst problematisch»

Tumulte in Schwimmbädern Die Basler Migrationssoziologin Ilona Pap analysiert den Ruf nach Zugangsbeschränkungen in Gartenbädern und warnt vor Stimmungsmache gegen junge Maghreb-Franzosen.

BaZ, 24.07.2025

Lukas Hausendorf

Nach Pruntrut redet nach einem Vorstoss von SVP-Politiker Joël Thüring auch Basel über Zutrittsbeschränkungen für Franzosen in Badis. Dies nachdem im Gartenbad St. Jakob mehrfach die Polizei gerufen worden ist. Die Basler Soziologin Ilona Pap forscht an der Universität Zürich schwerpunktmässig über Migration. In der aktuellen Debatte sieht sie mehrere Probleme, wie sie im Interview mit der «Basler Zeitung» erklärt.

Frau Pap, Sie wohnen in Basel und kennen das Gartenbad Bachgraben. Sind Ihnen die Probleme mit jungen Männern aus Frankreich, über die gerade diskutiert wird, schon begegnet?

Ich bin regelmässig mit meiner Tochter im Bachgraben, und persönlich sind mir solche Probleme bisher nicht aufgefallen. Was ich gelegentlich beobachte, sind eher harmlose Situationen: etwa ein kleines Gerangel an der Treppe zum Sprungturm oder dass jemand ins Wasser springt, obwohl das Brett gesperrt ist, typisches Verhalten von Jugendlichen, das es so in meiner eigenen Kindheit auch gab.

An Hitzetagen ist die Badi voll, und es patrouillieren private Sicherheitsdienste. Ist die Badi ein sozialer Stresstest für die Gesellschaft?

Die Badi ist ein öffentlicher Ort, an dem sich die gesamte soziale Breite der Gesellschaft begegnet, von Familien über Jugendliche bis hin zu älteren Menschen. Dort trifft ein Millionär auf einen Bauarbeiter. In solchen Räumen treffen zwangsläufig Menschen mit unterschiedlichen Vorstellungen, Normen und Erwartungen aufeinander. Es ist normal und sogar notwendig, dass hier soziale Regeln untereinander ausgehandelt, Konflikte ausgetragen, aber auch Rücksichtnahme und Koexistenz eingeübt werden. Es wäre unrealistisch, zu erwarten, dass ein solcher Ort völlig konfliktfrei funktioniert.

Nach Pruntrut fordert ein SVP-Grossrat nun auch in Basel Zugangsbeschränkungen für Franzosen in den Gartenbädern, weil sich auch hier junge Franzosen nordafrikanischer Herkunft renitenter verhalten. Was für eine Debatte läuft da gerade?

Ich sehe in der aktuellen Debatte vier zentrale Probleme. Erstens wird individuelles Verhalten pauschalisiert und auf ganze Gruppen übertragen, welche unter Generalverdacht gestellt werden. Anstatt konkrete Vorfälle differenziert zu analysieren, entsteht eine kollektive Zuschreibung nach dem Muster: «Die Franzosen» oder «die mit nordafrikanischer Herkunft» sind das Problem. Das ist ein klassisches Beispiel für statistische Diskriminierung, indem Menschen nicht aufgrund ihres tatsächlichen Verhaltens, sondern aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit als potenzielle Störer eingordnet werden. Dadurch verfestigen sich Vorurtei-



«Es wäre unrealistisch, zu erwarten, dass ein solcher Ort völlig konfliktfrei funktioniert», sagt Ilona Pap über die Badi, wo sich die Gesellschaft in ihrer ganzen sozialen Breite auf engem Raum begegnet. Fotos: Kostas Maros

le und Stereotype, die Diskriminierung reproduzieren.

Zweitens ist die Debatte über Kollektivstrafen höchst problematisch. Sie widersprechen dem Prinzip, dass Menschen für ihr eigenes Verhalten verantwortlich sind, nicht für das von anderen. So werden immer auch Unbeteiligte bestraft.

Drittens zeigt sich eine problematische Tendenz, soziale oder organisatorische Herausforderungen zu ethnisieren. Statt beispielsweise über überfüllte öffentliche Räume, Zuständigkeiten, personelle Ausstattung oder Präventionsarbeit zu sprechen, wird das Problem an ethnischer und nationaler Herkunft festgemacht. Konflikte werden nicht als systemisch oder strukturell verstanden, sondern einer ethnischen Gruppe zugeschrieben.

Und viertens ist die Debatte aus meiner Sicht stark symbolisch aufgeladen. Es geht nicht mehr nur um Sicherheit in der Badi, sondern darum, Zugehörigkeit zu markieren und politische Signale zu senden: etwa, dass man «für Ordnung sorgt», «die eigenen Leute schützt» oder «klare Grenzen zieht». Solche Forderungen zielen weniger auf Lösungen, sondern dienen mehr der Abgrenzung und Stimmungsmache. Sie konstruieren ein Feindbild – in diesem Fall junge Männer aus Frankreich mit nordafrikanischer Herkunft.

Sie sprechen von statistischer Diskriminierung. Warum nicht von Rassismus?

Statistische Diskriminierung bedeutet, dass Menschen nicht aufgrund ihres individuellen Verhaltens beurteilt, sondern aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit benachteiligt werden, basierend auf Annahmen oder Statistiken darüber, wie häufig bestimmte Eigenschaften oder Verhaltensweisen in dieser Gruppe vorkommen. Man unterstellt also einer Person eine erhöhte

Wahrscheinlichkeit, sich etwa problematisch zu verhalten, nur weil sie zu einer bestimmten Gruppe gehört, selbst wenn es im konkreten Fall keinerlei Hinweise darauf gibt.

Rassismus geht in der soziologischen Definition darüber hinaus und ist in gesellschaftliche Machtverhältnisse eingebettet. Er bezieht sich auf die Vorstellung, dass bestimmte Gruppen grundsätzlich minderwertig, kulturell defizitär oder unvereinbar mit der Gesellschaft

seien. Solche Abwertungen können sich auf statistische Annahmen stützen, um eine vermeintliche Legitimierung zu schaffen. Im konkreten Fall, wenn etwa gefordert wird, Franzosen nordafrikanischer Herkunft pauschal vom Zugang zum Freibad auszuschliessen, geht es um rassistische Zuschreibungen. Hier wird ethnische Herkunft direkt mit Gefährlichkeit verknüpft. Es zählt nicht das Verhalten des Einzelnen, sondern allein seine Gruppenzugehörigkeit. Es ent-

steht eine pauschale Abwertung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft mit ausgrenzenden Konsequenzen.

Tatsache ist aber, dass junge Franzosen mit nordafrikanischer Herkunft für die Mehrzahl von polizeilichen Interventionen verantwortlich sind. Gibt es eine Erklärung dafür, dass diese Gruppe da überrepräsentiert ist?

Ja, es gibt dafür mehrere erklärbare Faktoren, die sich nicht

auf die ethnische Herkunft reduzieren lassen, sondern eng mit sozialen und strukturellen Bedingungen verknüpft sind. Ein zentraler Faktor ist die soziale Herkunft. Frankreich ist politisch stark zentralistisch organisiert, was dazu führt, dass viele periphere Regionen, insbesondere im Osten und Nordosten des Landes, etwa an der Grenze zur Schweiz, wirtschaftlich schwächere Gebiete sind.

In diesen strukturschwachen Regionen wachsen viele junge Menschen unter begrenzten sozialen und materiellen Bedingungen auf. Diese Benachteiligungen fallen dort häufig mit einer ethnischen Herkunft zusammen – nicht, weil Herkunft ursächlich wäre, sondern weil Personen mit Migrationsgeschichte überproportional oft von struktureller Ungleichheit betroffen sind. Es gibt zahlreiche Studien, die zeigen, dass abweichendes Verhalten vor allem mit sozialer Benachteiligung, Ausgrenzung, fehlender Teilhabe sowie Diskriminierung zusammenhängt.

Wichtig ist: Es gibt nie ein einzelnes Merkmal – wie Nationalität, Herkunft oder Geschlecht –, das abweichendes Verhalten erklärt. Aus wissenschaftlicher Perspektive lässt sich Verhalten grundsätzlich nie auf ein einzelnes Merkmal zurückführen. Solche Vereinfachungen werden der sozialen Realität nicht ge-

recht. Es ist immer die Kombination mehrerer Faktoren, die in einem bestimmten sozialen Kontext zusammenwirken. Und wer in benachteiligten Kontexten in Frankreich aufwächst, ist kein Zufall, sondern das Ergebnis historischer Entwicklungen, geografischer Umstände, postkolonialer Kontinuität und politischer Entscheidungen.

Die beobachtete Überrepräsentation ist also nicht Ausdruck von Ethnie oder Nationalität, sondern ein Ergebnis von sozialer Ungleichheit, Benachteiligung und fehlenden Perspektiven. Wer diese Dynamiken ignoriert und das Verhalten nur ethnisch oder national erklärt, greift zu kurz und verkennt die sozialen Ursachen.

Man würde ja auch nicht pauschal alle Jugendlichen vom Zugang ausschliessen, nur weil diese Altersgruppe statistisch häufiger zu Regelverstössen neigt. Es wäre offensichtlich unangemessen, ein solches Verhalten allein am Alter festzumachen, ebenso wenig sollte dies bei der ethnischen Herkunft geschehen.

Sie sprechen davon, dass Personen aus dem Maghreb in Frankreich gesellschaftlich an den Rand gedrängt werden. Was macht das mit diesen Menschen?

Wer in einer Gesellschaft immer wieder erfährt, dass er oder sie nicht dazugehört, weil der Name, das Aussehen oder die Herkunft negativ bewertet werden, wird davon geprägt, sozial wie psychologisch. Die sogenannte Labelling-Theorie beschreibt diesen Mechanismus gut: Wenn Menschen wiederholt als «Problem», «abweichend» oder «gefährlich» markiert werden, dann kann dieses Etikett mit der Zeit eine reale Wirkung entfalten. Aus einer sozialen Zuschreibung wird so ein Teil der Selbstwahrnehmung und nicht selten auch des tatsächlichen Verhaltens. Problematisch an solchen Etikettierungen ist, dass sie oft besonders hartnäckig sind: Das Label bleibt haften und wirkt häufig wie eine sich selbst erfüllende Prophezeiung.

So entsteht ein Teufelskreis: Ausgrenzung erzeugt Widerstand oder Rückzug, der dann erneut als Grund für Ausgrenzung dient. Und am Ende lässt sich kaum noch sagen, was zuerst war, das abweichende Verhalten oder das soziale Stigma. Klar ist nur: Es verstärkt sich gegenseitig.

Für die Gesellschaft ist das hochproblematisch. Denn wer Menschen dauerhaft an den Rand drängt, schafft damit Bedingungen, unter denen sich Parallelmilieus herausbilden, insbesondere bei Jugendlichen, die auf der Suche nach Zugehörigkeit und Selbstwert sind. In solchen Milieus entsteht nicht selten ein Gegenarrativ zur Mehrheitsgesellschaft.

Gerade deshalb ist es aus gesellschaftlicher Sicht so wichtig, nicht auf Ausgrenzung und Pauschalverurteilung zu setzen, sondern auf Integration, Beteiligung und faire Chancen. Denn wer dazugehören darf, hat weniger Anlass, sich zu verweigern.

Ist der Fall Pruntrut auch eine Steilvorlage für Rechtspopulisten, ein neues Feindbild zu konstruieren?

Der Fall bietet rechtspopulistischen Akteuren eine ideale Gelegenheit, ihre Erzählungen von Ordnung, Bedrohung und Zugehörigkeit zu stärken, wobei sie in diesem Fall auf bereits bestehende gesellschaftliche Narrative zurückgreifen können.

Rechtspopulistische Rhetorik greift solche Vorfälle gezielt auf, um gesellschaftliche Spannungen in einfache, emotional aufgeladene Erzählungen zu übersetzen. Anstatt die systemischen und strukturellen Ursachen von Konflikten differenziert zu betrachten, werden solche Vorfälle als Beleg für ein vermeintlich ethnisches Problem gedeutet.

Die Populismusforschung zeigt, dass solche Erzählungen vor allem der Abgrenzung und politischen Mobilisierung dienen. Es wird nicht nach Ursachen oder Lösungen gesucht, sondern nach Schuldigen, häufig entlang ethnischer oder nationalstaatlicher Linien.

«Es geht hier nicht mehr um Sicherheit im Freibad, sondern um die Frage, wie gerecht unsere Gesellschaften sein wollen.»

Jetzt reden wir über Kollektivstrafen, in Deutschland wird bereits vom «Ausländerverbot» in Schweizer Badis berichtet. Wo führt das hin?

Wenn wir beginnen, ganze Gruppen von Menschen aufgrund ihrer Herkunft pauschal von öffentlichen Räumen auszuschliessen, überschreiten wir eine gesellschaftliche Grenze. Solche Massnahmen sind nicht nur rechtlich heikel, sie senden auch ein starkes symbolisches Signal: Bestimmte Menschen gehören nicht dazu, nicht wegen dem, was sie tun, sondern wegen dem, woher sie kommen. Ein Merkmal, welches Menschen nicht verändern können.

Dass in deutschen Medien bereits vom «Ausländerverbot» gesprochen wird, zeigt, wie weitreichend die Wirkung solcher Debatten ist. Es geht hier nicht mehr um Sicherheit im Freibad, sondern um die Frage, wie gerecht unsere Gesellschaften sein wollen. Kollektivstrafen lösen keine Probleme, sie verschieben sie nur, und verschärfen dabei gesellschaftliche Spannungen. Wer einmal damit beginnt, bestimmte Gruppen auszugrenzen, öffnet Tür und Tor für weitere Ausschlussforderungen: Heute sind es Franzosen, morgen vielleicht Menschen aus anderen Regionen oder mit anderen Merkmalen. Langfristig fördert das Vorurteile, schwächt gesellschaftliches Vertrauen und begünstigt Polarisierung.